Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I. Nr. 9275

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Ab- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
Für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 18. Freitag 18. Januar 1907. 101. Jahrgang.

Wähler, gedenket Eurer Pflicht am 25. Januar! Wählt nur national!

Das Wichtigste vom Tage.

* Die „Nordd. Allg. Ztg." erörtert in einem längeren Artikel die Frage, wann der Krieg in Südwestafrika zu Ende sei. (S. 2. Beilage.)

* Die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirte findet Montag, den 11. Februar im Zirkus Busch zu Berlin statt.

* Einem uns zugehenden Privattelegramm zufolge hat der Papst die Wahl des Domkapitulars Dr. Joseph Damian Schmidt zum Bischof von Fulda bestätigt.

* Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des katholischen Pfarrers Michael Gaisert in Günthelwangen, der am 6. Oktober v. J. vom Landgericht in Freiburg i. Br. wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineide zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden ist, nachdem ein früheres freisprechendes Urteil des Landgerichtes Waldshut vom Reichsgericht aufgehoben worden war. (S. Gerichtssaal.)

* Im Londoner Kolonialamt wird geglaubt, daß die Zahl der durch das Erdbeben in Kingston obdachlos gewordenen Personen 9000 beträgt, nicht 90 000, wie heute aus New York über St. Thomas gemeldet wurde. (S. Neues a. a. W. und Letzte Dep.)

* In Rom ist eine neue deutsche evangelische Gemeinde gegründet. (S. Ausl.)

An die deutsche Jugend!

Am Tage der Reichsgründung.

Die Entscheidung naht!

Gewissenlos haben Zentrum und Sozialdemokraten, Welfen und Polen um schnödes Geld gemarktet und gefeilscht, wo es galt, die Grundlagen von Deutschlands Kultur und Deutschlands Macht zu sichern und zu stärken.

Das war der Anlaß zur Auflösung des Reichstags.

Wieder hat sich die unerträgliche Herrschaft des Zentrums über Deutschland klar erwiesen. Das Zentrum brauchte im Reichstage nur mit den Sozialdemokraten, die mit ihrem stumpfen Starrsinn ewig „Nein" sagen, zu stimmen, um die Mehrheit zu haben und alle großen, vaterländischen, fortschrittlichen, volksfreundlichen Gesetze zu Fall zu bringen.

Das Zentrum hat diese Macht benutzt, um Schacher zu treiben mit den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, um seine Sonderwünsche zu befriedigen, ihm mißliebige Personen aus Amt und Brot zu bringen, seine eigenen Anhänger aber der gesetzlichen Strafe zu entziehen.

Wie ein Alpdruck lastet das Zentrum auf unserem Volke; die Größe und Freiheit deutscher Politik ist dahin.

Jetzt heißt es, uns von diesem Alpdruck zu befreien, zu kämpfen gegen das tückische, konfessionellen Haß erregende, undeutsche Zentrum, zu kämpfen auch gegen eine Sozialdemokratie, die durch ihre Verhetzung den sozialen Frieden stört, durch Vorgaukeln des nebelhaften Traumes eines Zukunftsstaates die notwendige Besserung der Lage der weniger bemittelten Volksklassen erschwert und durch ihre Abstimmung im Reichstage das rückschrittliche Zentrum zur ausschlaggebenden Partei macht.

Wir jungen Bürger aber wollen wirken:

für freiheitliche Politik auf vaterländischer Grundlage,
für sozialen und kulturellen Fortschritt,
für wirtschaftliche Hebung der Minderbemittelten,
für Stärkung deutscher Wehrkraft und deutschen Volkstums,
für die Einigung des Liberalismus.

Wer mit uns fühlt die schmachvolle Demütigung Deutschlands unter die undeutsche ultramontane Partei, wer mit uns glaubt an die Kraft deutschen Wesens, an eine herrliche Zukunft unseres Reiches, an den Segen einer freiheitlichen Entwicklung unseres Volkslebens, der schließe sich uns an und wirke mit allen Kräften für die Wahl national und liberal gesinnter tatkräftiger Männer.

Auf in den Kampf mit der Losung:

„Für Vaterland und Freiheit!"

Der Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend.

Der Demagoge Dernburg.

Eine unfreiwillige Burlesque des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der sozialdemokratische Parteivorstand ist von allen guten Geistern definitiv verlassen worden, was ihm nicht übel genommen werden kann. Die Folgen allerdings sind entsetzlich, denn da der Vorstand nun auch nicht mehr den mildernden Beistand ethisch-ästhetischer Salonrevolutionäre genießt, ist sein Banausentum auf sich selbst gestellt und produziert eine Sorte Literatur, die redlich das Prädikat scheußlich-schön verdient. Man muß den letzten Wahlaufruf des Parteivorstandes im „Vorwärts" selbst gelesen haben, um solchen kulturellen Tiefstand für möglich zu halten. Und das bei den Göttern einer Partei, die auf Parteiwert versprochen hat, die gesamte Menschheit zur Sonnenhöhe der Kultur emporzuführen. Schauerlich ist vor allem die Sprachgewalt des Aufrufs. Wen ergriffe es nicht wie Sturmesbrausen im Innersten, nämlich in den Eingeweiden, wenn er den gewaltigen Schlußruf hettzgedruckt sich recken sieht: „Ein Hüben, ein Drüben nur gilt!" Schreckensbleich, von Zuckungen erschüttert, stürzt auch jeder nicht völlig abgetrübte Genosse von dannen und bittet im Geheimen Herrn v. Studt die schwersten Vorwürfe ab. Auch der ist furchtbar. Aber solcher Satz lastet doch nicht auf seinem Gewissen. Indessen uns tut die Pflicht. Also mit Todesverachtung auf das Ungeheuer von Aufruf!

Gleich der erste Satz ist ein Dokument dafür, mit wie wenig Klugheit doch eine große Partei regiert werden kann: „Von den verschiedensten Seiten wird uns berichtet, daß die Gegner für den 25. Januar den Schlepperdienst in der unsittlichsten Weise organisieren und damit hoffen, auch eine Anzahl Wahlkreise zu entreißen. Auch ein Teil der Behörden scheint hinter dieser Maßnahme zu stehen."

Für diejenigen, denen der Verbrecherjargon nicht geläufig ist, muß hier bemerkt werden, daß der „Schlepper" ein Subjekt ist, das Falschspielern, Zuhältern und ähnlichem Gelichter Kunden zuführt. Die Genossen, die von ihrer Partei am Wahltage zum Dienst kommandiert werden, wissen nun wenigstens, wie sie von ihren Häuptlingen rangiert werden. Sie sind Schlepper. Diese Hochschätzung soll die sozialdemokratischen Arbeiter begeistern, am Wahltag die Arbeit niederzulegen und sich rechtzeitig dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Denn, sagt der Parteivorstand: „Nur keine Einlullung." O süßes Wort. Einlullung! Wenn das nicht wirkt. Und deshalb ist auch die Zuversicht des Parteivorstandes vollauf berechtigt: „Der 25. Januar muß ein Wahltag werden, wie das Reich noch keinen hatte." Muß er!

„Vertreter der Aristokratie und Bankokratie (aus!) erlassen Aufrufe zu Geldsammlungen, um uns, die verhaßte Sozialdemokratie, zu bekämpfen". Die Sozialdemokratie tut „so was" natürlich nicht. Die hat noch nie einen Arbeiter gefragt, ob er „reine Wäsche" habe. Die hat noch nie einen kleinen Gewerbetreibenden mit dem Boykott bedroht, wenn er nicht „zutwillig" zum Wahlfonds der Genossen steuert. Daher ist das Geldsammeln doppelt unrecht von der Bankokratie. Apropos Bankokratie. Das ist natürlich so eine verruchte Sozietät, die irgendwie mit Banlos Geist zusammenhängt. Und wo etwas von Geist verlautet, da kann es für einen sozialdemokratischen Parteivorstand nur heißen: Auf ihn!

Nachdem der tüchtige Parteivorstand sich auf die Weise in die rechte Kampfesstimmung gebracht hat, geht er auf seinen Hauptgegner los. Zittere, Dernburg! Nun kommts.

„Parteigenossen! Als Herr Dernburg noch Direktor der Darmstädter Bank und Direktions- und Aufsichtsratsmitglied in zahlreichen andern Bank- und Industrieunternehmungen war, waren die deutschen Kolonien ihm Hekuba. Damals hat er sich nicht um sie bekümmert und er hat wohl keine einzige der von ihm und seinen Freunden kommandierten Millionen für die Kolonien riskiert. Seitdem er aber Kolonialdirektor geworden ist, ist die Erleuchtung über ihn gekommen."

Aus unserer Personalkenntnis heraus wäre es nicht schwer, manches pikante Analogon zu konstruieren. Indessen war ein Herr Bebel so liebenswürdig, uns jeder Anstrengung in dieser Richtung zu entheben. Er hat nämlich jüngst mit dem bekannten freisinnigen Rechtsanwalt und Reichstagskandidaten Dr. Ablaß wegen einer Wahlpolemik einige Briefe gewechselt, in denen folgende Sätze stehen: „Was hat diese rein persönliche Angelegenheit (Bebels Erbschaft von einigen hunderttausend Mark) in Ihrem Wahlkampf zu tun? Oder ist Ihre Partei bereits so auf den Hund, daß sie zu solchen Mitteln der Verdächtigung und der Lüge greifen muß? . . . Ich kann schlechterdings nicht begreifen, wie ein anständiger Mann sich mit solchem Klatsch und Tratsch im Wahlkampf abgeben kann." Recht hat der Herr Bebel. Auch wir können es nicht begreifen, wie sich der Parteivorstand mit solchem Klatsch und Tratsch über Herrn Dernburg als Bankdirektor und Aufsichtsratsmitglied abgeben kann. Vielleicht setzt dieser Briefschreiber Bebel seiner Liebenswürdigkeit die Krone auf und liest einmal seinem Namensvetter im sozialdemokratischen Parteivorstand tüchtig die Leviten.

Nun kommt im Wahlaufruf ein Seitenhieb gegen die deutschen Professoren, die über Dernburgs Kolonialprogramm in ein „Jubelgeschrei" ausgebrochen seien:

„Das ist für den, der die deutschen Professoren kennt, kein Wunder! Diese selbigen Professoren aber schwiegen, als im letzten Frühjahr das preußische Dreiklassenparlament, und zwar Nationalliberale und Konservative im holden Verein mit dem jetzt von ihnen so wütend bekämpften Zentrum, dem preußischen Volke die Schmach antat, dem Schulgesetzentwurf, den das stockreaktionäre Kultusministerium unter Zustimmung des Ministerpräsidenten Fürst Bülow vorgelegt hatte, mit großer Mehrheit zustimmen."

Das muß nun zu unserm Schmerz ein bewußtes Verschweigen allbekannter Tatsachen genannt werden. Gerade von Professoren ist noch in letzter Stunde ein sehr eindringlicher und sehr scharfer Protest mit Hunderten von Unterschriften gegen die Annahme des preußischen Schulgesetzentwurfs gerichtet worden.

Schließlich faßt der Parteivorstand seine ganze Kraft zusammen in folgende Sätze, denen wir zur größeren Bequemlichkeit unserer Leser gleich die Leipziger Nutzanwendung angefügt haben.

Parteigenossen! Bringt es den Massen immer wieder ins Gedächtnis:	
es handelt sich bei den bevorstehenden Wahlen nicht bloß um die Kolonialpolitik und erhöhte Ausgaben hierfür;	Nein, es handelt sich auch darum, ob das deutsche Volk seine Kultur gegen schwarze Finsterlinge und rote Banausen wahren will.
es handelt sich auch um neue Militär- und Flotten- und namentlich auch um neue Steuervorlagen;	Was das Vaterland braucht, soll ihm werden.
es handelt sich weiter darum, daß die Politik der Fleisch- und Lebensmittelverteuerung Trumpf bleibt, daß die nichtagrarische Bevölkerung zugunsten der agrarischen geschröpft und geplündert wird;	Dr. Junck ist gegen jede Lebensmittel-Verteuerung.
es handelt sich endlich um die Frage: ob dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erhalten bleiben soll oder nicht;	Dr. Junck ist für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Ohne jeden Vorbehalt!
ob Deutschland fortfahren soll, durch seine reaktionäre innere Politik der Gegenstand des Spottes und der Geringschätzung, und durch seine provokatorische Militär-, Flotten- und auswärtige Politik — die uns in der Welt isoliert hat — der Gegenstand der Abneigung, nur nicht zu sagen des Hasses in der gesamten Kulturwelt zu sein.	Dr. Junck ist für eine freiheitliche Ausgestaltung der inneren Politik und für eine friedfertige, aber würdige und feste äußere Politik.

Und um unseren Lesern zuguterletzt noch eine Belohnung geben zu können, haben wir uns die Perle des Aufrufs bis hierher aufgespart. Ueber die Dernburgsche Agitation urteilt der Aufruf:

„Parteigenossen! Benützt die Spanne Zeit bis zum Wahltag, um solche Vorgänge, die stark an Demagogie grenzen, zu brandmarken.

Zitieren ist zwar neuerdings ein wenig in Mißkredit gekommen. Indessen wer vermöchte hier zu widerstehen: Quis tulerit Gracchos de seditione querentes! Ja, wer ertrüge Bebel, Dernburg der Demagogie beschuldigend! Da bleibt kein Auge trocken. Vor Heiterkeit!

Die mittleren Reichspostbeamten und die Reichstagswahlen.

In wenigen Tagen wird das deutsche Volk an die Wahlurne treten, um durch geheime Abstimmung sich frei und offen für oder gegen die Regierung zu bekennen. Unter dem Heere der Wähler befindet sich ein Aufgebot von rund einer Viertelmillion Angehörige der Reichspost, die an der Zusammensetzung des zukünftigen Reichstags ganz besonders stark interessiert sind, denn von dem Reichstage, der das letzte Wort in den Etatsfragen des Reichs zu sprechen hat, hängt das Schicksal von einigen hunderttausend Beamtenfamilien ab. Es gilt, die Regierung in dem Bestreben, die unzweifelhaft vorhandene Notlage der gering besoldeten Beamten so bald als möglich zu beseitigen, nachdrücklich zu unterstützen.

Graf Posadowsky hat bei Beantwortung der Fleischnot-Interpellation erklärt, daß Deutschland sich eines glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunges erfreue, und daß die verbündeten Regierungen in eine erste Erwägung der Frage eingetreten seien, ob eine wirtschaftliche Notlage der gering besoldeten Beamten eingetreten sei und ob die finanzielle Lage des Reichs eine Einkommensverbesserung ermögliche.

Mit dieser Erklärung sind aber die Beamten nicht zufrieden. Die teuren Zeiten sind nicht Ende 1906, sondern Ende 1904 eingetreten, und die verbündeten Regierungen hätten also reichlich Zeit gehabt, die zunehmende wirtschaftliche Notlage ihrer Angestellten festzustellen. Wenn der Staatssekretär mit besonderer Genugtuung die glänzende finanzielle Entwickelung unseres Wirtschaftslebens betont und der Generalpostmeister in seinem fünfjährigen Geschäftsbericht eine ganz außergewöhnliche Steigerung des Postverkehrs und damit der Einnahmen mit Befriedigung feststellen kann, dann dürfte das Reich doch keinen Augenblick über die Beschaffung der Mittel für eine Einkommensverbesserung der Beamten im Zweifel sein.

Der Etat der Reichspostverwaltung weist für 1907 einen Ueberschuß von fast 100 Millionen Mark auf, nach Abzug der einmaligen Ausgaben von über 82 Millionen. Noch niemals ist ein ähnliches Ergebnis zu verzeichnen gewesen; überbietet doch der Ueberschuß den des Vorjahres um 17 Millionen. Es ist menschlich durchaus begreiflich, daß die Arbeitskräfte der Reichspost, das sind nicht zuletzt die gering besoldeten Betriebsbeamten, durchaus nicht beweisen, daß trotz dieser glänzenden Entwickelung die notwendigen Mittel für Besoldungsverbesserungen nicht erübrigt werden können.

Seit 1890 ist das Anfangsgehalt der Postbeamten unverändert auf 1500 ℳ stehen geblieben, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Zivilanwärter bei der Anstellung durchschnittlich 27—28 Jahre, die Militäranwärter dagegen 23—25 Jahre alt sind. Nach dem Dienstalterstufen-System geschieht das Aufrücken zwar gleichmäßig, aber so langsam, daß das Höchstgehalt von 3000 ℳ erst 21 Jahre später, also kurz vor dem 50. Lebensjahre erreicht wird, während die Militäranwärter noch 6—8 Jahre länger warten müssen. Bei späterem Eintritt oder verspäteter Ablegung der Prüfung stellt sich das Bild entsprechend schlechter. Nach dem Postetat beträgt das durchschnittliche Einkommen eines Assistenten oder Ober-Postassistenten 1960 ℳ jährlich, während es eigentlich 2250 ℳ betragen müßte. Aus diesem Grunde hat das Organ der Assistenten die Behauptung aufgestellt, daß die Assistentenklasse, die früher die Gehaltszulagen in der ersten Dienstzeit schneller erhielt, durch das an und für sich segensreiche Dienstaltersstufensystem um etwa 9 Millionen Mark jährlich benachteiligt sei. So ganz grundlos kann diese Behauptung nicht sein, denn das Reichspostamt hat bisher keinen Gegenbeweis geführt.

Nach Lage der Sache ist die Laufbahn des mittleren Postbeamten nichts weniger als rosig zu bezeichnen. Während bei fast allen Behörden für den Eintritt in die mittlere Laufbahn allgemein das Reifezeugnis für Obersekunda vorgeschrieben ist und auch etwa 90 Prozent aller jungen Postgehilfen das einjährige Zeugnis besitzen, begnügt sich die Reichspost trotz aller Petitionen ihrer Beamten in der Theorie mit dem Reifezeugnis für Untersekunda, verlangt aber dafür eine vierjährige Vorbereitungszeit, andere große Verwaltungen nur 3 Jahre. Nach 4 Jahren kann sich der Gehilfe zur Ablegung der Assistentenprüfung melden, nach deren Bestehen er als nichtangestellter Beamter die nächsten 5—6 Jahre Tagegelder von 1,25 ℳ bis 5 ℳ bezieht. Bis zur etatsmäßigen Anstellung vergehen demnach rund 10 Jahre. Die Gehaltssätze der angestellten Postbeamten bewegen sich zwischen 1500 bis 3000 ℳ in dreijährigen Stufen, so daß die Zivilanwärter noch einer Gesamtdienstzeit von 21 Jahren das Höchstgehalt erreichen können. Die Beamten der preußischen Verwaltungen sind durchweg besser gestellt. Allerdings gelangen die Postsekretäre von 1700 auf 3600 ℳ Endgehalt, aber dabei ist in Betracht zu ziehen, daß dazu eine zweite sehr schwierige Prüfung abzulegen ist. Es erfordert eine eiserne Energie und rastlosen Fleiß, sich neben einem anstrengenden Dienst in seiner kurzen Erholungszeit mehrere Jahre auf diese Prüfung vorzubereiten und ein gut Stück Geld und Gesundheit dafür zu opfern. Infolge der verhältnismäßig geringen Zahl der besseren Subalternstellen kann nur jeder sechste Assistent eine Sekretärstelle und ein noch geringerer Teil später einmal eine Obersekretärstelle (bis 4200 ℳ) erhalten. Demnach verbleiben etwa fünf Sechstel aller Assistenten, mögen sie noch so befähigt und strebsam sein, endgültig in der Assistentenstellung stecken, die bei der Reichspost trotz der Personalreform von 1900 in Wirklichkeit Endstellung geblieben ist, während sie bei den übrigen Verwaltungen für die große Mehrheit eine Durchgangsstellung ist.

Die 10 Jahre lang vom Assistentenverbande heißerkämpfte Personalreform von 1900 brachte nur einem geringen Bruchteile der Assistenten, die sich der schwieriger zweiten Prüfung mit Erfolg unterzogen, wohlverdiente Erfolge, den übrigen aber erwuchsen noch schwere dienstliche und gesellschaftliche Nachteile. Denn die Reichspost brauchte für die neuen Sekretäre Stellen, und wieder waren es die Assistenten, die ihre den Obersekretären zugesprochenen wichtigeren und verantwortungsvolleren Stellen den Sekretären räumen mußten. Vielfach sind dies die letzten Stellen, die einigermaßen regelmäßige Dienstschichten haben; die übrigen Stellen mit Bureaudienst haben die Assistenten bereits seit Jahren, weniger aus angeborener Galanterie, als der Not gehorchend, den Damen preisgegeben.

Schon wiederholt hat man den beachtenswerten Vorschlag gemacht, die Gehaltsverhältnisse der Beamten in regelmäßigen, etwa fünfjährigen Zeitabschnitten einer eingehenden Prüfung daraufhin zu unterziehen, ob sie noch den unbedingt notwendigen Anforderungen entsprechen. Unter den jetzigen Verhältnissen sind die Beamten wohl oder übel gezwungen, ihre berechtigten Wünsche der Oeffentlichkeit und dem Parlament immer wieder zu unterbreiten, um im günstigsten Falle mit dieser Hilfe eine Besoldungsaufbesserung zu erreichen, die ihnen schon ein Jahrzehnt früher hätte bewilligt werden müssen. Mit leeren Vertröstungen, Versprechungen und Erwägungen kann man die Notlage der Beamten nicht beseitigen.

Notwendig erscheint die Schaffung von Beamtenausschüssen, die berufen sind, solche Wünsche zu behandeln und kleinen Beschwerden selbständig abzuhelfen. Sie würden für Postverwaltung und Reichstag eine wesentliche Entlastung bedeuten. Die dringendsten Wünsche der Assistentenklasse bewegen sich aber in folgender Richtung: Der Gehalte, der die Reife für Obersekunda besitzen muß, erhält nach erfolgter Ausbildung eine festgesetzte, nicht beliebige Vergütung. Nach dreijähriger Vorbereitungszeit hat er eine Prüfung abzulegen, deren Bestehen ihm sämtliche Stellen der mittleren Laufbahn erschließt. Nur für die Stellen der Obersekretäre usw. ist eine zweite Prüfung abzulegen. Die vorhandenen etwa 30 000 Assistenten sollen nach und nach in Sekretärstellen übergeführt werden. Die entstehenden Kosten können in der Weise auf das geringste Maß zurückgeführt werden, daß man nach und nach gewisse einseitige Arbeiten einer neuen, niederen Beamtenklasse zuweist. Die Neuordnung würde eine jährliche Mehrausgabe von wenig mehr als einer Million verursachen, nach Ablauf von fünf Jahren aber bereits Ersparnisse im Gefolge haben. Neben diesen auf Verbesserung der Laufbahn gerichteten Wünschen kommt für die jüngeren Beamten noch die Forderung auf Erhöhung des Anfangsgehaltes und Verkürzung der ersten Stufen in Betracht, damit der für die Assistentenklasse auf über 9 Millionen Mark jährlich geschätzte Gehaltsverlust endlich wieder ausgeglichen wird. Damit würde diese Klasse aber lediglich das Einkommen wieder erhalten, das sie vor Einführung des Stufensystems bereits bezogen hatte.

Hoffentlich werden die „ernsten Erwägungen" der Reichsregierung bald abgeschlossen, hoffentlich auch die Beamten am 25. Januar bis auf den letzten Mann geschlossen für die nationalen Kandidaten eintreten. Die Reichsregierung hat da viel gut zu machen und verlassene Postbeamte, wenn auch sie ihre volle Schuldigkeit nun will. Das kann sie aber dadurch beweisen, daß sie auch ihrer gering besoldeten Beamten gedenkt und nicht widerwillig, sondern freudig an die Erfüllung der berechtigten Wünsche herangeht. Denn die Beamten und Zivilbesoldeten bilden immer mehr den zukünftigen Mittelstand, dessen Hebung der Regierung doch besonders am Herzen liegen sollte.

SLUB
Wir führen Wissen.